19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tino Schopf (SPD)

vom 14. Januar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Januar 2025)

zum Thema:

Mit einem Bein im Knast: Erschleichen von Leistungen in Berlin

und **Antwort** vom 4. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 5. Februar 2025)

Herrn Abgeordneten Tino Schopf (SPD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21 345
vom 14. Januar 2025
über Mit einem Bein im Knast: Erschleichen von Leistungen in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und die Deutsche Bahn AG für die S-Bahn Berlin GmbH (S-Bahn) um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

1. Wie viele Kontrollen im Hinblick auf gültige Fahrkarten wurden durch die BVG und die S-Bahn Berlin im Jahr 2024 durchgeführt und in wie vielen Fällen wurden Fahrgäste ohne gültiges Ticket angetroffen? (Aufstellung erbeten. (Sofern Jahresaufstellung noch nicht vorliegt: Bitte um Darstellung zum letzten erfassten Stichtag.))

Zu 1.: Im Jahr 2024 wurden bei der BVG rund 5,36 Mio. Fahrgäste auf die Gültigkeit ihres Fahrausweises kontrolliert. Rund 270.000 der kontrollierten Fahrgäste (ca. 5,0 %) wurden dabei ohne gültigen Fahrschein angetroffen. Bei der S-Bahn wurden 2024 rund 11,1 Mio. Fahrscheinkontrollen durchgeführt. Hier wurden rund 275.500 Fahrgäste (ca. 2,5 %) ohne gültigen Fahrschein angetroffen.

2. In wie vielen Fällen haben die BVG und die S-Bahn Berlin in den Jahren 2023 und 2024 ein erhöhtes Beförderungsentgelt erhoben und in wie vielen Fällen wurde dieses von den Fahrgästen entrichtet bzw. nicht entrichtet? (Aufstellung erbeten. (Sofern Jahresaufstellung noch nicht vorliegt: Bitte um Darstellung zum letzten erfassten Stichtag.))

Zu 2.: Bezüglich der BVG liegen entsprechende Zahlen nicht vor. Bei der S-Bahn wurden 2023 rund 248.500 Fahrgäste und 2024 rund 275.500 Fahrgäste ohne gültigen Fahrschein angetroffen und von diesen auch ein erhöhtes Beförderungsentgelt (EBE) entsprechend des VBB-Tarifs erhoben. Im Jahr 2023 wurden ca. 43 % und im Jahr 2024 rund 45 % der offenen Forderungen beglichen.

3. In wie vielen Fällen haben die BVG und die S-Bahn Berlin in den Jahren 2023 und 2024 Strafanzeige nach § 265a StGB wegen des Erschleichens von Leistungen erstattet? (Aufstellung erbeten. (Sofern Jahresaufstellung noch nicht vorliegt: Bitte um Darstellung zum letzten erfassten Stichtag.))

Zu 3.: Im Jahr 2023 hatte die BVG rund 2.943 und im Jahr 2024 rund 2.100 Strafanzeigen wegen Erschleichen von Leistungen nach § 265a des Strafgesetzbuches (StGB) gestellt.

Die S-Bahn Berlin hatte 2023 441 Strafanzeigen bzw. Strafanträge sowohl nach § 265a StGB als auch gemäß §§ 263, 267 StGB wegen gefälschter oder manipulierter Fahrausweise gestellt, wobei systembedingt nicht alle Wiederholungstaten zur Anzeige gebracht wurden. Im Jahr 2024 wurden 13.824 Strafanzeigen bzw. Strafanträge sowohl nach § 265a StGB als auch gemäß §§ 263, 267 StGB gestellt. Der hohe Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist einer Systemumstellung geschuldet.

4. In wie vielen Fällen wurden in Berlin in den Jahren 2023 und 2024 Strafverfahren nach § 265a StGB eingeleitet und mit wie vielen Verurteilungen bzw. welchen höchstwertigen Erledigungen abgeschlossen? (Aufstellung erbeten. (Sofern Jahresaufstellung noch nicht vorliegt: Bitte um Darstellung zum letzten erfassten Stichtag.))

Zu 4.: (Dabei ist zu beachten, dass § 265a StGB auch ohne andere Taten betrifft das sogenannte „Schwarzfahren“) Im Jahr 2023 sind bei der Staats- oder Staatsanwaltschaft Berlin wegen § 265a StGB 8.121 Strafverfahren gegen bekannte und 129 Verfahren gegen unbekannte Täter eingegangen. Im Jahr 2024 sind 8.956 Strafverfahren gegen bekannte und 191 gegen unbekannte Täter eingegangen.

Die höchstwertigen Erledigungen von Verfahren wegen § 265a StGB gegen bekannte Täter, die im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024 eingegangen sind, stellen sich wie folgt dar (Hierbei kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass der Verstoß gegen § 265a StGB mit anderen Delikten zusammen zur Anklage gelangt ist):

höchstwertige Erledigung im Verfahren	Anzahl 2023	Anzahl 2024
nicht von Zählkarte erfasste Erl.:	1	1
offen	16	342
Abg. innerh. ders. Staatsanwaltschaft (StA) in a. Dez	176	178
Abgabe an andere StA	301	349
Ablehnung der Übernahme	37	41
Anklage - Große Strafkammer	6	1
Anklage - Jugendrichter	249	191
Anklage - Jugendschöffengericht	11	11
Anklage - Schöffengericht	13	14
Anklage - Strafrichter	169	93
Antrag sof. Hauptverhandlung (HV) (§ 417 Strafprozessordnung [StPO])	115	134
Antrag - vereinf. Jugendverf. (§ 76 Jugendgerichtsgesetz [JGG])	80	63
Antrag auf Sicherungsverfahren	0	1
e.E. - § 153 a I Nr. 2 StPO	6	1
e.E. - § 153 a I Nr. 3 StPO (gemeinn. Leistung)	0	1
e.E. - § 153 a I StPO (Verzicht auf sichergestellte Gegenstände)	0	1
e.E. - § 45 II JGG	48	31
e.E. - § 45 III JGG	1	0
Einst. - § 153 I StPO	1267	1619
Einst. - § 153 I StPO Abgabe Ordnungswidrigkeit (OWi)	1	3
Einst. - § 154 b I - 3 StPO	13	5
Einst. - § 170 II i.V.m. § 152 II StPO	4	2
Einst. - § 170 II StPO	179	176
Einst. - § 170 II StPO Abgabe OWi	11	7
Einst. - § 170 II StPO objektiv keine Straftat	32	27
Einst. - § 170 II StPO Privatklage	17	17
Einst. - § 170 II StPO Verfahrenshindernis	1322	1225
Einst. - § 20 StGB	192	138
Einst. - § 31 a I Betäubungsmittelgesetz (BtMG)	1	0
Einst. - § 45 I JGG, § 153 StPO	374	347
endg. Einst. - § 154 StPO	460	395
Strafbefehl mit Freiheitsstrafe auf Bew.	2	0
Strafbefehl ohne Freiheitsstrafe	1321	1179
Tod	29	28
VE - § 153 a I Nr. 1 StPO	0	2
VE - § 153 a I Nr. 2 StPO (Geldbetrag gemeinnützige Einrichtung)	9	25
VE - § 153 a I Nr. 2 StPO (Geldbetrag Landeskasse)	23	26
VE - § 153 a I Nr. 2 StPO (Geldbetrag Sammelfond)	9	15
VE - § 153 a I Nr. 3 StPO (gemeinn. Leistung)	0	1
VE - § 153 a I Nr. 6 StPO (Trainingskurs)	0	1
VE - § 153 a I Nr. 7 StPO (Aufbauseminar)	1	0
VE - § 154 f StPO	718	1000
VE - § 154 I StPO	417	637
Verbindung mit anderer Sache	490	628
Summe	8121	8956

Gegen unbekannte Täter liegen folgende Erledigungszahlen vor:

Erledigung Verfahren	Anzahl 2023	Anzahl 2024
offen	0	4
Abgabe an andere Behörde	4	3
Abgabe innerhalb der StA	0	1
Einstellung	115	174
Übergang in ein Js-Verfahren	9	7
verbunden	1	2
Summe	129	191

Quelle: Staatsanwaltschaft Berlin (MESTA)

Die gerichtlichen Entscheidungen zu Verfahren wegen § 265a StGB, die im Zeitraum 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2024 bei der Staats- oder Staatsanwaltschaft eingegangen sind und in denen Anklage erhoben bzw. Strafbefehl beantragt worden ist, stellen sich wie folgt dar (auch hier kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Verurteilung zugleich wegen anderer, gegebenenfalls schwerwiegender Delikte erfolgt ist):

Entscheidungen (personenbezogen)	Anzahl 2023	Anzahl 2024
Ablehnung - Eröffn. d. Hauptverf.	1	0
Einst. § 153 II StPO; m. Auslagenerstattung	0	1
Einst. § 153 II StPO; o. Auslagenerstattung	47	26
Einst. § 153a II Nr 2 StPO (Geldbetrag)	19	7
Einst. § 153a II Nr 3 StPO (sonst. gemeinn. Leistungen)	1	0
Einst. § 153a II StPO (sonstige Auflagen/Weisungen)	1	0
Einst. § 154 II StPO (unwesentliche Nebenstraftat)	32	13
Einst. § 206a StPO (Verfahrenshindernis)	1	1
Einst., § 47 II OWiG durch das Amtsgericht	1	0
Einst. § 47 JGG (erzieher. Maßn. n. § 45 II JGG)	33	15
Einst. § 47 JGG i. V. m. § 153 Abs.1 S.1 StPO	11	11
Einst. § 47 JGG (Maßn. n. § 45 III JGG)	125	51
Einstellung n. § 205 StPO	2	1
Einst./Freispr. wg. Schuldunfähigk. (§ 20 StGB)	1	0
Erledigung - Aufl.m./o.Verwarn., § 13 II JGG	2	0
Erledigung - ErziehungsmaßBr. (§ 9 JGG)	23	2
Erziehungsmaßregel (§ 9 JGG)	6	8
Freiheitsstrafe mit Bewährung	21	5
Freiheitsstrafe ohne Bewährung	9	2
Freispruch	7	5
Geldstrafe	1325	804
Gesamtfreiheitsstrafe mit Bewährung	1	0
Gesamtfreiheitsstrafe ohne Bewährung	1	0
Gesamtgeldstrafe	54	36
Jugendarrest	2	1
Jugendstrafe mit Bewährung	0	2
Jugendstrafe ohne Bewährung	2	0

Maßregel - Unterbringung ohne Bewährung	2	0
neuer Termin von Amts wegen	0	1
Strafvorbehalt (§ 59 StGB)	2	2
Verbindung mit anderer Sache durch das Amtsgericht	95	59
Verbüßung - Jugendarrest	3	1
Verurteilung zur vorbehaltenen Strafe (§ 59 b StGB)	0	1
Verwarnung ohne Auflage, § 13 II 1 JGG	3	2
Summe	1833	1057

Quelle: Staatsanwaltschaft Berlin (MESTA)

5. In wie vielen Fällen wurden in Berlin in den Jahren 2023 und 2024 Ersatzfreiheitsstrafen wegen des Erschleichens von Leistungen verhängt und in welchen Haftanstalten mit jeweils wie vielen Hafttagen wurden diese verbüßt? (Aufstellung erbeten. (Sofern Jahresaufstellung noch nicht vorliegt: Bitte um Darstellung zum letzten erfassten Stichtag.))

Zu 5.: In Verfahren, die bei der Staats- oder Staatsanwaltschaft im Jahr 2023 mit einem Verstoß gegen § 265a StGB eingingen, wurde bislang in 627 Fällen eine Ersatzfreiheitsstrafe angeordnet, wovon 74 angetreten wurden. In Verfahren, die bei der Staats- oder Staatsanwaltschaft im Jahr 2024 mit einem Verstoß gegen § 265a StGB eingingen, wurde bislang in 132 Fällen eine Ersatzfreiheitsstrafe angeordnet, wovon zum jetzigen Zeitpunkt 9 angetreten wurden. Die Differenz zwischen angeordneten und angetretenen Ersatzfreiheitsstrafen liegt im Wesentlichen darin begründet, dass es in der Praxis infolge der mit der Anordnung der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe verbundenen Ladung zum Strafantritt in den meisten Fällen gar nicht zur Vollstreckung kommt (z. B. weil der bzw. die Verurteilte doch zahlt oder einen entsprechenden Ratenzahlungsantrag stellt).

Die Anzahl jener Personen, deren Ersatzfreiheitsstrafe eine ursprüngliche Verurteilung zu einer Geldstrafe wegen Erschleichens von Leistungen gemäß § 265a StGB zu Grunde liegt, wird in den vollzuglichen Datenbanken nicht erfasst. Es kann lediglich wiedergegeben werden, wie viele Personen zu den Stichtagen 30. Juni 2023 und 2024 sowie 31. Dezember 2023 und 2024 eine Ersatzfreiheitsstrafe ausschließlich wegen einer Verurteilung nach § 265 a StGB verbüßt haben. Dabei wäre allerdings zu beachten, dass Doppelzählungen nicht ausgeschlossen werden können, wenn Gefangene im Erhebungszeitraum in unterschiedlichen Anstalten untergebracht waren.

Justizvollzugsanstalt	Anzahl Personen am Stichtag mit einer Ersatzfreiheitsstrafe gemäß § 265 a StGB	
	30. Juni 2023	31. Dezember 2023
JVA Moabit	-	1
JVA Plötzensee	25	13
JVA Tegel	22	7
JVA Heidering	2	5
JVA des Offenen Vollzuges	3	3
JVA für Frauen Berlin	-	1
JSA Berlin	-	-
Justizvollzugsanstalt	Anzahl Personen am Stichtag mit einer Ersatzfreiheitsstrafe gemäß § 265 a StGB	
	30. Juni 2024	31. Dezember 2024
JVA Moabit	-	1
JVA Plötzensee	25	11
JVA Tegel	-	-
JVA Heidering	2	-
JVA des Offenen Vollzuges	6	-
JVA für Frauen Berlin	1	3
JSA Berlin	-	-

Quelle: IT-Fachverfahren BASIS-Web (Fachverfahren der Justizvollzugsanstalten)

Eine aussagekräftige Darstellung der letztlich verbüßten Hafttage ist anhand der Daten des durch die Staatsanwaltschaft Berlin verwendeten Registratorsystems nicht möglich. Das System speichert nur die aktuellsten Eintragungen und keine Historie. Wird etwa die Haftzeit zum Zwecke der Ableistung freier Arbeit unterbrochen und anschließend fortgesetzt, so stehen frühere Eintragungen für eine statistische Auswertung nicht mehr zur Verfügung. Mithin kann nicht ausgeschlossen werden, dass für eine statistische Auswertung relevante Daten nicht vorliegen.

6. Wie hoch waren in den Jahren 2023 und 2024 die durchschnittlichen Gesamt-Tageshaftkosten? (Aufstellung erbeten. (Sofern Jahresaufstellung noch nicht vorliegt: Bitte um Darstellung zum letzten erfassten Stichtag.))

Zu 6.: Unter Zugrundelegung des bundeseinheitlichen Berechnungsschemas werden die durchschnittlichen Tageshaftkosten einer/eines Gefangenen jährlich ermittelt. Diese Berechnung basiert auf der Auswertung aller Einnahmen und Ausgaben für den Justizvollzug. Unterjährige Berechnungen erfolgen nicht.

Für das Haushaltsjahr 2023 ergaben sich folgende Tagessätze:

2023	nach Belegungsfähigkeit	nach tatsächlichen Hafttagen
Tageshaftkosten	185,96 €	220,80 €
Bau-Investitionskostensatz	0,04 €	0,05 €
Sach-Investitionskostensatz	7,20 €	8,55 €
Gesamt-Tageshaftkosten	193,20 €	229,40 €

Quelle: Berechnung der Justizvollzugsverwaltung

Für das Haushaltsjahr 2024 liegt noch keine Berechnung vor.

7. Welche Vermeidungsmöglichkeiten von Ersatzfreiheitsstrafen wegen des Erschleichens von Leistungen wurden in den Jahren von 2022 bis heute in Anspruch genommen und wie viele entfielen hierbei auf Angebote zur Ableistung freier Arbeit und Ratenzahlungsvereinbarungen? (Aufstellung erbeten. (Sofern Jahresaufstellung noch nicht vorliegt: Bitte um Darstellung zum letzten erfassten Stichtag.))

Zu 7.: Die nachfolgende Statistik enthält eine Aufstellung der Vollstreckungserledigungen der gerichtlichen Entscheidungen mit Anordnung einer Ersatzfreiheitsstrafe in den Verfahren der Staats- und Anwaltschaft mit Verstoß gegen § 265a StGB, die vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2024 eingingen. „Day by day“, bezieht sich auf eine Tilgungsvariante, in deren Rahmen Gefangene parallel zur Verbüßung eines Tagessatzes in Haft einen Tag durch Freie Arbeit ableisten und somit ihre Inhaftierung verkürzen. Eine Statistik zu Ratenzahlungsvereinbarungen ist nicht verfügbar. Mithin kann nicht ermittelt werden, in wie vielen der durch Zahlung erledigten Vollstreckungsverfahren zuvor eine Ratenzahlung vereinbart wurde.

Vollstreckungserledigung	Anzahl 2022	Anzahl 2023	Anzahl 2024
gemeinn. Arbeit	17	5	0
gemeinn. Arbeit/Ersatzfreiheitsstrafe (day by day)	25	4	1
Zahlung	511	176	11
Zahlung und Arbeit und Ersatzfreiheitsstrafe	24	3	0
Zahlung und Ersatzfreiheitsstrafe	118	20	1
Zahlung und gemeinn. Arbeit	6	1	0

Quelle: Staatsanwaltschaft Berlin (MESTA)

8. In wie vielen Fällen wurden in den Jahren von 2022 bis heute zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen wegen des Erschleichens von Leistungen Angebote der Sozialen Dienste der Justiz (Gerichtshilfe) in Anspruch genommen? (Aufstellung erbeten. (Sofern Jahresaufstellung noch nicht vorliegt: Bitte um Darstellung zum letzten erfassten Stichtag.))

Zu 8.: Die Sozialen Dienste der Justiz erfassen die dortigen Angebotsabforderungen zur Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen nicht differenziert nach dem jeweils zugrundeliegenden Delikt. Die Frage kann daher nicht beantwortet werden.

9. In wie vielen Fällen wurden in den Jahren von 2022 bis heute zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen Gnadenanträge gestellt und wie viele dieser Anträge wurden bewilligt bzw. abgelehnt? (Aufstellung erbeten. (Sofern Jahresaufstellung noch nicht vorliegt: Bitte um Darstellung zum letzten erfassten Stichtag.))

Zu 9.: Bei Gnadenanträgen erfolgt keine statistische Erfassung dahingehend, ob bereits eine Ersatzfreiheitsstrafe angeordnet wurde oder nicht.

10. Ist der Beantwortung meiner Fragen aus Sicht des Senats noch etwas hinzuzufügen?

Zu 10.: Siehe Antworten zu 1 bis 9.

Berlin, den 04. Februar 2025

In Vertretung

Dirk Feuerberg
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz